



Eine Dorfbewohnerin fordert Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung.

Foto: Jean-Pierre Kepseu / Greenpeace

Palmölproduktion in Südwest-Kamerun

DorfbewohnerInnen verteidigen ihr Land – jetzt erst recht!

«Bevor die Palmölfirma SGSOC hier aufkreuzte, hatte ich meine Farm und am Ende des Jahres genug Geld zum Leben und konnte meine Kinder zur Schule schicken. Das Unternehmen versprach Sicherheit und monatliche Lohnzahlungen. Aber jetzt bin ich meinen Job los, meine Farm ist weg, was soll nun aus uns werden?» Ein kamerunischer Kleinbauer fragt angesichts der Auswirkungen der Palmölproduktion verzweifelt nach seiner Zukunft.

Mindestens vier Stunden dauert die Fahrt von der Überlandstrasse nach Mundemba in der Region Südwest, nahe der Grenze zu Nigeria. In der Trockenzeit ist die Strasse, die über Kilometer an Palmölplantagen entlang führt,

staubig, in der Regenzeit wird sie zu einem Bach und ist oft unpassierbar. Die Fahrt führt aber auch an kleinen Weilern und Ortschaften vorbei. Dort leben die Menschen vom Ertrag ihrer Felder, wenn sie nicht der Palmölproduktion weichen mussten.

Rund um Mundemba gibt es auch grosse Regenwaldgebiete und Nationalparks mit geschützten, nur in diesem Gebiet existierenden Tierarten. Das Vordringen der Palmölplantagen bedroht auch diese für Umwelt und Biodiversität wichtigen Gebiete.

Allerdings gelingt es den Palmölfirmen nicht, trotz enger Verbundenheit mit politischen Kreisen, ihre Produktion ungehindert auszuweiten. 2011 stoppten

AnwohnerInnen den Bulldozer der US-Firma Herakles Farms, der eines Tages in ihrem Dorf auftauchte. Die lokale Basisorganisation SEFE (Struggle to Economize Future Environment) brachte RepräsentantInnen von Weilern und Dörfern zusammen, um sie zu informieren und gemeinsam das Vordringen der Palmölindustrie zu verhindern. Im November 2016 schien das Ziel erreicht. Die Konzession von Herakles Farms über fast 20'000 Hektaren Land lief ungenutzt aus.

Das Aufatmen war von kurzer Dauer. Im vergangenen April wurde zur Gewissheit, dass eine andere US-Firma das Projekt übernommen hat und mit einer neuen Strategie die betroffenen Menschen für ihr Projekt gewinnen will. SEFE ist erneut daran, den gewaltfreien Widerstand mit den Gemeinden gegen das zerstörerische Palmölprojekt zu organisieren. Wir unterstützen sie darin.

Im Namen von SEFE danken wir Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung gegen die Abholzung des Regenwaldes.



Dorfbewohner protestieren gegen die Abholzung des Regenwalds.

Foto: Jean-Pierre Kepsu / Greenpeace

20'000 Hektaren Ölpalmen – ein gigantisches Projekt

Dörfer widersetzen sich internationalen Palmölinvestoren

2009 erhielt die US-Agroinvestfirma Herakles Farms über ihren kamerunischen Ableger Sithe Global Sustainable Oils Cameroon (SGSOC) von der Regierung Kameruns eine Konzession über 73'000 Hektaren Land für den Anbau von Ölpalmen im Bezirk Mundemba im Distrikt Südwest. Es handelte sich um Agrarland der lokalen Bevölkerung oder um Regenwald. Wie in so vielen Ländern in Äquatornähe breiten sich auch in Kamerun Palmölplantagen unerbittlich aus. Agroindustrie, Finanzkapital und nationale Politik arbeiten dabei Hand in Hand; auf der Strecke bleiben Menschen und Umwelt.

Palmölprojekt verhindert

SGSOC begann kurz nach der Konzessionserteilung mit der Rodung des Regenwalds. Erste Proteste und Kampagnen gegen das Projekt, das auch

Naturschutzzonen bedrohte, starteten unmittelbar mit Widerstandsaktionen in Dörfern, und 2011 reichte die Basisorganisation SEFE (Struggle to Economize Future Environment) eine Gerichtsklage ein. Gemäss SEFE waren die Abholzungen illegal, weil traditionelle Landrechte übergangen wurden und vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht erfolgt waren. Ausserdem seien die Menschen vor Ort nicht einmal informiert worden. SEFE forderte demgegenüber, dass eine freie, vorgängige und informierte Konsultation der betroffenen Bevölkerung durchgeführt würde. Der Widerstand wuchs rasch an und im November 2013 reduzierte der Staatspräsident das Konzessionsgebiet von SGSOC auf 19'842 Hektaren. Was wie ein Teilsieg aussah, führte zu starken Spannungen unter den Gemeinden, weil die Gemeindegrenzen nicht eindeutig definiert sind. Wer war also von der

Konzessionierung betroffen, wer nicht? 2015 zog sich Herakles Farms überraschend vom Projekt zurück und im November 2016 lief die erteilte Konzession aus. Das Palmölplantagen-Projekt schien erledigt.

Neuaufgabe des Projekts

Ende 2016 hat SEFE jedoch erfahren, dass Herakles Farms die SGSOC unbeachtet von der Öffentlichkeit an die Cameroon Enterprises LLC, ebenfalls eine Investmentfirma, verkauft hat und diese das Palmölprojekt vorantreiben will. SGSOC hat eine neue fünfjährige Konzession erhalten. Gleichzeitig hat SGSOC das Unternehmen Proforest angeheuert, welches für die Ölproduktion eher zugängliche Gemeinden und einzelne kritische Organisationen mittels Zugeständnissen für das Projekt gewinnen soll. Die Strategie zielt auf die Spaltung des bisher erfolgreichen Widerstands ab.

Ein Mittel besteht darin, den Menschen Arbeit in Aussicht zu stellen. Doch Nasako Besingi von SEFE winkt ab: Es gibt nur für wenige BewohnerInnen aus den Dörfern überhaupt Arbeit, die meisten Jobs gehen an Arbeiter aus anderen Regionen Kameruns. Die Löhne der Arbeiter sind tief und manchmal bekommen sie sie erst nach Protesten – mit drei oder vier Monaten Verspätung.



Alle Arbeiter auf den Plantagen sind temporär angestellt und haben keine sozialen Sicherheiten. «Dazu kommt», erzählt Besingi, «dass das Unternehmen oft junge Dorfbewohner anstellt, um deren älteren Verwandten die Zustimmung zur Nutzung ihres Landes abzuluchsen. Wenn sie dann arbeiten und sich die Leute aus ihrem Dorf gleichzeitig gegen die Abholzung wehren und protestieren, weil Versprechen nicht eingehalten wurden, etwa Spitäler nicht gebaut sind, nutzt die Firma die jungen Arbeiter als Druckmittel und entlässt sie.»

Wem gehört das Land?

Kleinbauernfamilien bewirtschafteten ihre Grundstücke seit langem über Generationen hinweg und verstehen sich daher als dessen EigentümerInnen, ohne über verbriefte Rechte zu verfügen. Der Staat hingegen geht davon aus, dass er das Recht hat, jemandem Land zu überlassen oder dieses zu verpachten, wie dies mit den Palmölunternehmen geschieht. Konflikte, wie im vorliegenden Fall, sind vorprogrammiert. Doch für Nasako Besingi ist die Lösung einfach und eindeutig: Die betroffenen Menschen müssen den Weg bestimmen. Sie sollen festlegen, wie sie ihre Landwirtschaft sozial und ökologisch ausgestalten wollen. Dabei können sie durchaus von Unternehmen und Staat unterstützt, aber nicht bevormundet werden.

Widerstand organisieren

Die von der neuesten Entwicklung betroffenen vierundzwanzig Gemeinden sind verstreut und schwer zugänglich. Für die Basisorganisation SEFE ist es deshalb vordringlich, die Gemeinden über das neue Vorgehen der SGSOC zu informieren, das sie auseinanderzudividieren und die Lebensgrundlage der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu zerstören droht. Mit ihrer Informationsarbeit will SEFE verhindern, dass sich die Gemeinden in der Frage der Palmölindustrie spalten oder Gemeinden gegeneinander ausgespielt werden. Und SEFE will den gemeinsamen, gewaltfreien Widerstand organisieren. SEFE wird deshalb, unterstützt vom SOLIFONDS, alle Gemeinden besuchen, die von der neusten Offensive der Palmölindustrie betroffen sind. Weil die Dörfer schwierig zu erreichen sind, ist dies ein mühsames und langwieriges Unterfangen, aber entscheidend, damit die betroffenen Menschen selber bestimmen können.

Schweizer Beteiligung am Palmölgeschäft

Palmöl ist allgegenwärtig: Wir finden es in Lebensmitteln, Kosmetik, ja, sogar im Tierfutter. Und die Nachfrage lässt nicht nach. Gemäss einer Studie von Grand View Research sollen 2022 123 Millionen Tonnen produziert werden, zwei Drittel mehr als heute. Palmölplantagen dehnen sich nicht nur in den Produktionszentren Indonesien und Malaysia rasant aus, sondern auch in den Äquatorregionen Afrikas und Lateinamerikas.

Ein solch ertragreiches Geschäft hat in der Schweiz ebenfalls Interessenten. Recherchen von Brot für alle und Fastenopfer zeigen die Beteiligung von Schweizer Banken auf: Die Palmölgeschäfte von 17 Banken zwischen 2009 bis 2016, allen voran Credit Suisse, aber auch UBS, Safra Sarasin oder die Zürcher Kantonalbank, beschränkten sich nicht nur auf Finanzdienstleistungen wie Kreditvergabe, sondern schlossen ebenfalls Aktienbesitz ein. Interessant dabei: Interne Richtlinien einiger Banken wie der CS verbieten Geschäfte mit Kunden, die Primärregenerwälder für Plantagen roden oder Menschenrechte verletzen. Trotzdem wurden über Jahre Kredite an Palmölkonzerne vergeben, die Menschenrechte verletzen. Auch der 2004 gegründeten Runde Tisch Nachhaltiges Palmöl (RSPO), ein Zertifizierungssystem, dem Handelsfirmen und Palmölverarbeiter sowie einige NGO angehören, hat nicht dafür sorgen können, dass dem Land Grabbing für die Ausdehnung von Palmölplantagen Einhalt geboten würde.

Kriminalisierung von Protest

Nasako Besingi von der Organisation SEFE führe eine «Kampagne, welche die Meinung der Öffentlichkeit vergiftet und Missgunst gegenüber des von Herakles Farms initiierten Projektes anstiftet». So lautete der Vorwurf, als Herakles Farms 2012 eine Klage gegen Nasako Besingi einreichte. Besingi wurde damals von einem französischen Reporterteam, welches eine Doku zum Konflikt zwischen SGSOC – damals im Besitz von Herakles Farms – und den Gemeinden in Mundemba drehte, begleitet, als er plötzlich von einer Gruppe von Männern angegriffen wurde. Als Besingi den Vorfall bekannt machte, folgte prompt eine Klage wegen Verleumdung.

Sie blieb nicht die einzige Gerichtsklage gegen den Aktivist, ähnliche Klagen, unter anderem wegen nicht-bewilligten Versammlungen, folgten. Solche Versammlungen organisiert Besingi unermüdlich, um die betroffenen Dörfer über das Palmölprojekt von SGSOC und seine Folgen auf Menschen und Umwelt zu informieren. Doch genau diese Informations- und Widerstandsarbeit ist SGSOC ein Dorn im Auge und soll deshalb als kriminelle Tätigkeit gelten.

Zuletzt wurde Besingi 2015 wegen Verleumdung zu einer Strafe von 1 Million CFA (über 1700 Schweizer Franken) oder drei Jahren Gefängnis sowie zu 10 Millionen CFA (rund 17'000 Franken!) Schadenersatz verurteilt. Doch SEFE gibt nicht auf. «Wir vertreten hier nicht unsere Meinung, wir sprechen für die Gemeinschaften, deren Stimmen nicht aus ihren Dörfern herauskommen können, wir tragen diese Stimmen aus der Region hinaus», meint Besingi.

Die Bauern vor Ort geben nicht auf. Im Herbst 2016 reichten 244 Kleinbauern und -bäuerinnen eine Klage wegen widerrechtlichen Betretens von Grundstücken gegen SGSOC ein. Gemäss den Betroffenen habe SGSOC anstelle einer Pufferzone zwischen den Plantagen und den Grundstücken einfach die Grundstücke der Bauern an sich gerissen. «Eines Tages ging ich zu meinen Feldern, und sah, dass alles ausgebaggert war», erzählte ein pensionierter Polizist. Diese vier Hektaren Land hätten ihn und seine Familie auch nach seiner Pensionierung ernähren sollen. Wie sollen sie jetzt überleben? Der Widerstand geht weiter, denn die Menschen lassen sich ihre Lebensgrundlage nicht wegnehmen.



Textilarbeiterinnen in al-Mahalla fordern bessere Arbeitsbedingungen.

Foto: CTUWS

Gewerkschaften kämpfen für Frauenrechte

Gleichberechtigung!

Die unabhängigen algerischen und ägyptischen Gewerkschaftsbewegungen kämpfen trotz zunehmender staatlicher Repression für eine Stärkung der Stellung der Frau in der Gesellschaft und in der Gewerkschaftsbewegung. Der SOLIFONDS unterstützt aktuell zwei wichtige Kampagnen zu Frauenrechten.

Ägypten: mehr Schutz für Arbeiterinnen

Das CTUWS (Center for Trade Union Workers' Services) führt eine Kampagne unter dem Namen «Permanent Conference of Women Workers», um die Arbeiterinnen zu stärken. Arbeiterinnen sollen befähigt werden, ihre Verhandlungskompetenzen zu verbessern, damit sie ihre Anliegen besser durchsetzen können. Weiter werden Hausarbeiterinnen in ihrem Kampf um Anerkennung und Arbeitsrechte unterstützt. Diese Arbeiterinnen sind besonders prekären Bedingungen ausgesetzt, da sie auch aus dem überarbeiteten Arbeitsrecht ausgeschlossen bleiben sollen und so keinen rechtlichen Schutz geniessen. Die Kampagne will dies ändern.

Algerien: dank Bildungsarbeit stärker werden

Die sich zuspitzende Wirtschaftskrise drängt Frauen in Algerien wie vielerorts noch stärker in die Prekarität. Die Frauenkommission der SNAPAP (Syndicat National Autonome des Personnels de l'Administration Publique) will deshalb besonders marginalisierte Frauen ermächtigen und setzt dabei stark auf Bildungsarbeit. Bildungsarbeit dient, so die SNAPAP-Frauen, dazu, die Individualisierung und die geographischen Grenzen im Land zu überwinden, gemeinsame Forderungen und Vorgehen auszuarbeiten und damit den Anliegen von Frauen eine Stimme zu geben und sie zu stärken.

Geschichte einer Flucht

Vom 18. bis 26. Oktober tourt Emmanuel Mbolela durch die Schweiz und liest aus seinem Buch «Mein Weg vom Kongo nach Europa». Darin beschreibt Mbolela seine von Gewalt und Ausbeutung geprägte Flucht 2002 aus der Demokratischen Republik Kongo.
Infos auf www.solifonds.ch

Marsch für Menschenwürde

Mit einem Marsch für die Menschenwürde und Menschenrechte durch die ganze Schweiz lassen Geflüchtete und AktivistInnen ihre Stimmen laut werden und setzen ein Zeichen für eine Politik der Solidarität. 14. Oktober bis 30. November.
Infos: www.bainvegnifugitivmarsch.ch

In eigener Sache

Ciao Sandra, willkommen Aurora

Bestimmt ist Ihnen aufgefallen, dass das SOLIFONDS-Bulletin in einem neuen Layout erscheint. Dies ist Sandra Julius zu verdanken, die unser Büro von Januar bis Juni verstärkt hat. Sandra hat den SOLIFONDS wieder verlassen, weil sie ihre volle Energie der grafischen Arbeit und der Fotografie widmen will. Ihre Leidenschaft für grafisches Gestalten hat Sandra auch dem SOLIFONDS zu Nutzen kommen lassen, indem sie ein neues Erscheinungsbild für unser Bulletin konzipiert hat. Wir danken Sandra für ihre Arbeit und wünschen ihr alles Gute bei ihren neuen Projekten.

Seit August bereichert Aurora García das Koordinationsteam des SOLIFONDS als dritte Koordinatorin. Dank ihrer vorherigen siebenjährigen Arbeit als Koordinatorin im Bereich Migration bei der Unia ist Aurora mit der Gewerkschaftswelt in der Schweiz und weltweit gut vertraut. Die Solidaritätsarbeit kennt sie aus diversen Erfahrungen und Engagements, unter anderem beim Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung sowie bei der Dachorganisation gegen die Folter (OMCT) in Genf und einem Einsatz als Menschenrechtsbeobachterin in Israel/Palästina. Wir heissen Aurora herzlich willkommen und freuen uns auf die Arbeit mit ihr.

Bruno Hangarter verstorben

Mitten in den Sommerferien wurden wir von der traurigen Nachricht überrascht, dass unser Buchhalter Bruno Hangarter unerwartet an einer Hirnblutung verstorben ist. Bruno war seit der Gründung des SOLIFONDS dabei und hat die Solidaritätsarbeit unermüdlich begleitet, immer im Hintergrund, aber als unerlässliche Stütze des Koordinationsteams, ist doch die Buchhaltung und die Übersicht über die Finanzen eine wichtige Grundlage für die Unterstützungen an unsere Partnerorganisationen. Danke Bruno!

Im Jahresbericht 2017 werden wir die Arbeit von Bruno Hangarter ausführlich würdigen.